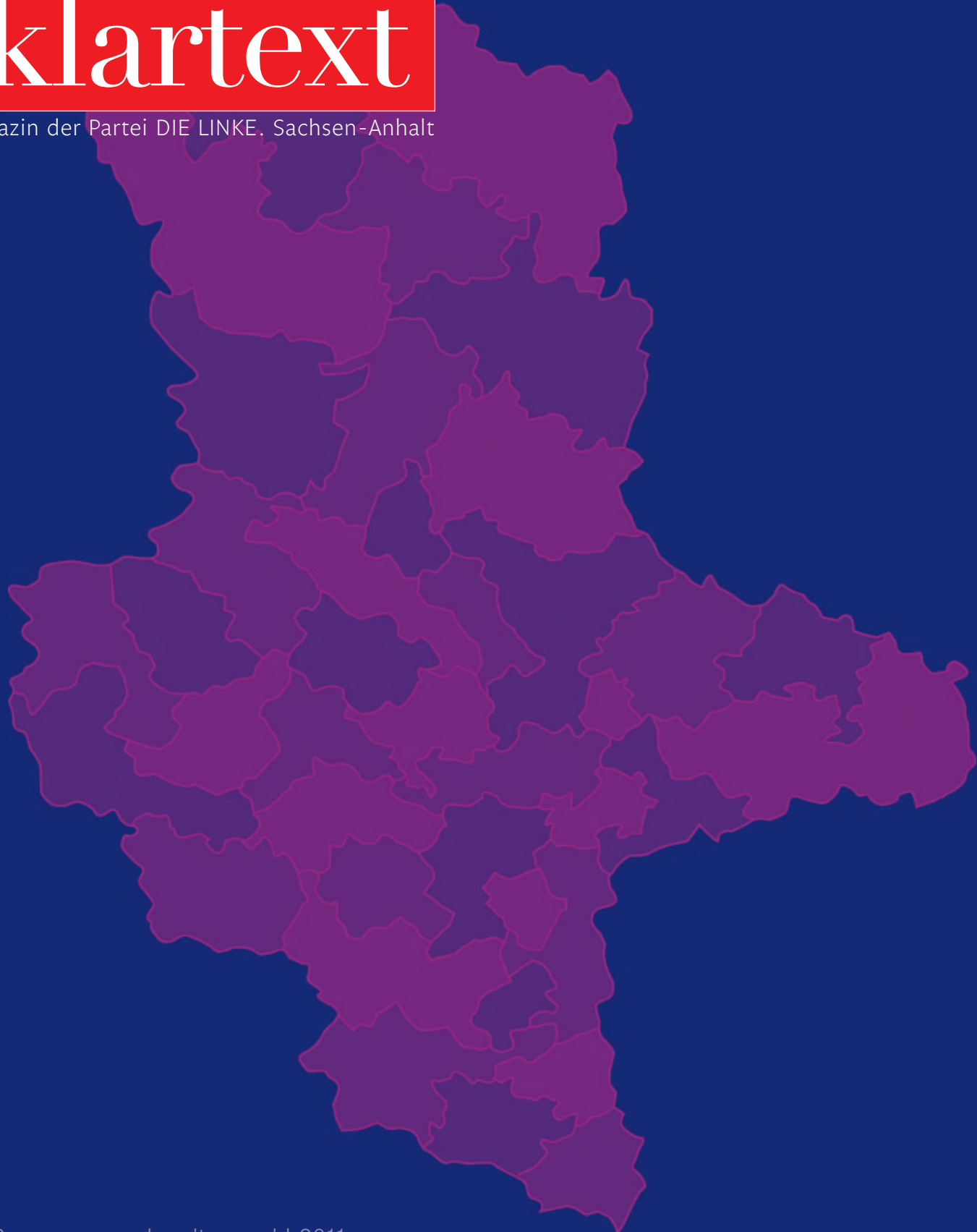


Ausgabe 4.2010

klartext

Magazin der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt



Programm zur Landtagswahl 2011

Ein Land für alle!

Schwerpunktthemen – Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN

Bundestag

Schwarz-Gelb zementiert
kommunalfeindliche Politik | 3

Titel

Die Chancen nutzen! | 4

Der öffentliche Dienst im Land
braucht Zukunft | 6

Wie viel Sicherheit braucht der
Mensch? | 6

Bildung braucht soziales Gespür! | 7

Sachsen-Anhalt in Kinderhänden | 7

Die Direkt- und Listenkandidaten | 8

Ein neues wirtschaftspolitisches
Leitbild | 10

Erneuerbare Energien sind die
Zukunft | 11

Ist unser Wahlprogramm ein Traum? | 11

Themen

Deutschland in Schiefelage? | 12

20 Jahre Landtagsfraktion | 13

Kolumne

Neuer Widerstand fordert
seine Antworten | 14

Niedersachsen

Schwarz-gelbe Atompolitik:
Der Lack ist ab | 15

Impressum

klartext
Magazin der LINKEN in Sachsen-Anhalt
Herausgeber:
Landesvorstand der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt
Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Martin Reso,
Matthias Höhn (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Thomas
Drzisga, Matthias Gärtner, Joachim Spaeth, Henriette
Quade, Peggy Krößmann
Druck: Harzdruckerei, Wernigerode
Auflage: 5.000 Exemplare
Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.11.2010. KLARTEXT erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Kontakt und Bestellung: DIE LINKE, Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion KLARTEXT, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg, Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

Ein Land für alle

■ Teilhabe ist der Leitgedanke im Wahlprogramm der LINKEN. Griffinger drückt das sein Titel aus: „Ein Land für alle“. DIE LINKE berücksichtigt dabei die Bedingungen in Sachsen-Anhalt, die Probleme des ostdeutschen Flächenlandes ebenso, wie dessen Chancen. Und die generellen finanziellen Engpässe der Kommunen und Länder, die durch die Haushalts- und Steuerpolitik von Schwarz-Gelb immer spürbarer werden.

Wir wollen die Menschen in Sachsen-Anhalt erreichen – mit der klaren Ansprache ihrer Probleme und der ehrlichen Kommunikation der politischen Möglichkeiten. Die Diskussion um das Wahlprogramm hat lange vor dem Wahlkampf begonnen. Zu Beginn stand die Debatte, welche politischen Vorhaben für DIE LINKE die unverzichtbaren sind, auch wenn die Haushaltslage im Land eigentlich wenig bis fast gar nichts zulässt. Unverzichtbar deshalb, weil man den Kreislauf nicht akzeptieren darf, der darin besteht, das gesellschaftlich Notwendige – wie die Öffentliche Daseinsvorsorge – zuerst für unbezahlbar zu erklären und später für verzichtbar.

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt, die ökonomische Sicherheit und die individuellen Perspektiven der Menschen in Sachsen-Anhalt stärken. Wir wollen ein Sachsen-Anhalt für alle, mit einer öffentlichen Infrastruktur, die Lebensqualität in allen Regionen sichert. Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem die Chancen von Kindern nicht qua Geburt durch den Status der Eltern definiert sind. Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem man nach der Ausbildung oder dem Studium einen qualifizierten Arbeitsplatz findet und sich für Karriere und Familie entscheiden kann. Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem man von und mit seiner Arbeit ein auskömmliches Leben führen kann, und nicht als Aufstocker auch noch vom Amt abhängig ist. Gute Arbeit nennen die Gewerkschaften

das, gutes Leben kann man noch hinzufügen.

Das alles ist kein Wunsch-Dir-Was-Programm, wie die politische Konkurrenz bereits tönt, sondern ein gesellschaftlicher und ein politischer Standpunkt.

Und es ist das Gegenteil von dem, was die extreme Rechte an Versprechen suggeriert – auch wenn sie ihre Forderungen teils unter durch andere Parteien verwendete Überschriften presst. Der Maßstab für eine demokratische Gesellschaft ist das Individuum, die Rechte, Chancen und Perspektiven des Einzelnen, nicht die fabulierte Gleichförmigkeit eines kollektiven (naturbedingten) Willens.

In dieser Ausgabe haben wir Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker der LINKEN versammelt, die einzelne Schwerpunkte des Wahlprogramms beleuchten (S. 6, 7, 10, 11). Wulf Gallert, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, erklärt die Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode, am besten in Regierungsverantwortung (S. 4-5).

Eine interessante Lektüre wünscht
| Anke Lohmann

Es ist an der Zeit!

DIE LINKE ist die Partei des sozialen Zusammenhalts. Deshalb kämpfen wir bei der Landtagswahl 2011 um den ersten Platz, für eine realistische und sozial gerechte Politik in Sachsen-Anhalt. Bitte tragen Sie mit einer Spende dazu bei, dass wir einen erfolgreichen Wahlkampf führen können. Wir freuen uns über jeden Betrag.

DIE LINKE.

Konto 118 825 901, Deutsche Bank, BLZ 810 700 24 mit dem Kennwort »Spende Wahl 2011« oder www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/spenden

Bildnachweis

- © klartext (1, 8-9)
- © Trialon (4)
- © Enrico Kreim (5)
- © Bernd Geller – Fotolia.com (10)
- © morgan rauscher – Fotolia.com (12)
- © Chris P – Fotolia.com (12)
- © lool – Fotolia.com (14)
- © Gina Sanders (16)

Unsere Abgeordneten in Berlin – Die Bundestagsrubrik

Schwarz-Gelb zementiert kommunalfeindliche Politik

Der Handlungsbedarf in Sachen Kommunalpolitik ist nicht nur angesichts der kommunalen Finanzkrise unübersehbar. 90 Prozent der im Bundestag beschlossenen Gesetze müssen von Kommunen ausgeführt werden, haben unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Städten, Gemeinden und Landkreisen und auf die in den Kommunen Beschäftigten. Die schwarz-gelbe Koalition fürchtet, dass ihre Politik der Kostenverlagerung auf die Kommunen allzusehr ans Tageslicht dringt. Wie sonst ist zu erklären, dass erst die Einsetzung und dann die Einberufung eines Unterausschusses Kommunales von ihr ein Jahr lang hintertrieben wurde. Die schwarz-gelbe Koalition ist auch dagegen, dass sich der Unterausschuss mit den unmittelbaren Problemen der Kommunalpolitik befasst. CDU/CSU und FDP wollen nur Vorlagen, die an den Innenausschuss überwiesen wurden und einen kommunalen Bezug haben, im Unterausschuss diskutieren. Damit soll der Unterausschuss zum „Gehilfen“ des Innenausschusses gemacht werden. Das war nicht unser Ansinnen. Denn dies würde bedeuten, dass zentrale Themen – so auch die Kommunalfinanzen –, nicht Gegenstand von Debatten im Ausschuss sein würden.

Seit dem Herbst 2009 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung eine Reihe von Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht bzw. Entscheidungen getroffen, die zu weiteren gravierenden finanziellen Belastungen in den Kommunen führen werden, dazu zählt auch das nun beschlossene Sparpaket.

Im Bundestag spielt dieser Fakt keine Rolle. Mit dem Unterausschuss Kommunales wollte die Opposition damit Schluss machen. Er sollte sich nicht nur mit allen kommunalen Themen befassen, sondern im Unterschied zu allen anderen Ausschüssen auch öffentlich tagen.

Die praktizierte Intransparenz im Gesetzgebungsverfahren schützt bisher die

an der kommunalen Finanzkrise eigentlich Schuldigen. Bürgerinnen und Bürger durchschauen nicht mehr, wer die Verantwortung für die desolate Finanzlage in den Kommunen trägt. Ausdruck dessen ist, dass sich ihr Protest gegen die Schließung von Einrichtungen und Gebührenerhöhungen gegen kommunale Vertretungen und gewählte Bürgermeister/innen richtet und nicht gegen die Bundesregierung und die schwarz-gelbe Koalition. Sie sind aber die Hauptverantwortlichen der kommunalen Finanzkrise.

Seit mehr als 10 Jahren haben Rot-Grün, Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb eine Steuersenkungspolitik betrieben. Sie hat dazu geführt, dass Kommunen über immer weniger Einnahmen verfügen und nichts mehr zu verteilen haben. Die Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft die Situation nur noch. Und seit mehr als 10 Jahren übertragen Bund und Länder Kommunen Aufgaben ohne eine dafür angemessene Finanzausstattung.

Die dadurch entstandenen Finanzlöcher sollen nun die Bürgerinnen und Bürger stopfen. Aber höhere Gebühren und neue Steuern werden die Kommunalfinanzen nicht nachhaltig stabilisieren. Bei einem Defizit von 14 Milliarden Euro allein in diesem Jahr werden sie bestenfalls zu einer marginalen und kurzzeitigen Verbesserung der Haushaltslage in einigen Kommunen führen. Mit Sicherheit aber führen sie dazu, dass immer mehr Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden, weil sie sich den Eintritt für Schwimmbad oder Kino nicht mehr leisten können.

Diese Umverteilung finanzieller Mittel von unten nach oben muss endlich umgekehrt werden. Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass sich der Bund immer weiter aus der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben zurückzieht und die Rechnung die Bürgerinnen und Bürger bezahlen sollen. Das Geld muss dorthin, wo die Menschen leben und wo öffentliche Aufgaben erledigt werden.



Diese Botschaft muss endlich auch im Bundestag ankommen. Sie kann aber nur ankommen, wenn auch in Sachsen-Anhalt Kommunalpolitikerinnen und Politiker aller Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Aktionen für eine gerechte Finanzausstattung der Kommunen fortsetzen und sich zusammenschließen. Nur so wird der Protest unüberhörbar sein. Nur so können wir Druck auf die schwarz-gelbe Bundesregierung ausüben.



Katrin Kunert
ist kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Die Chance nutzen!

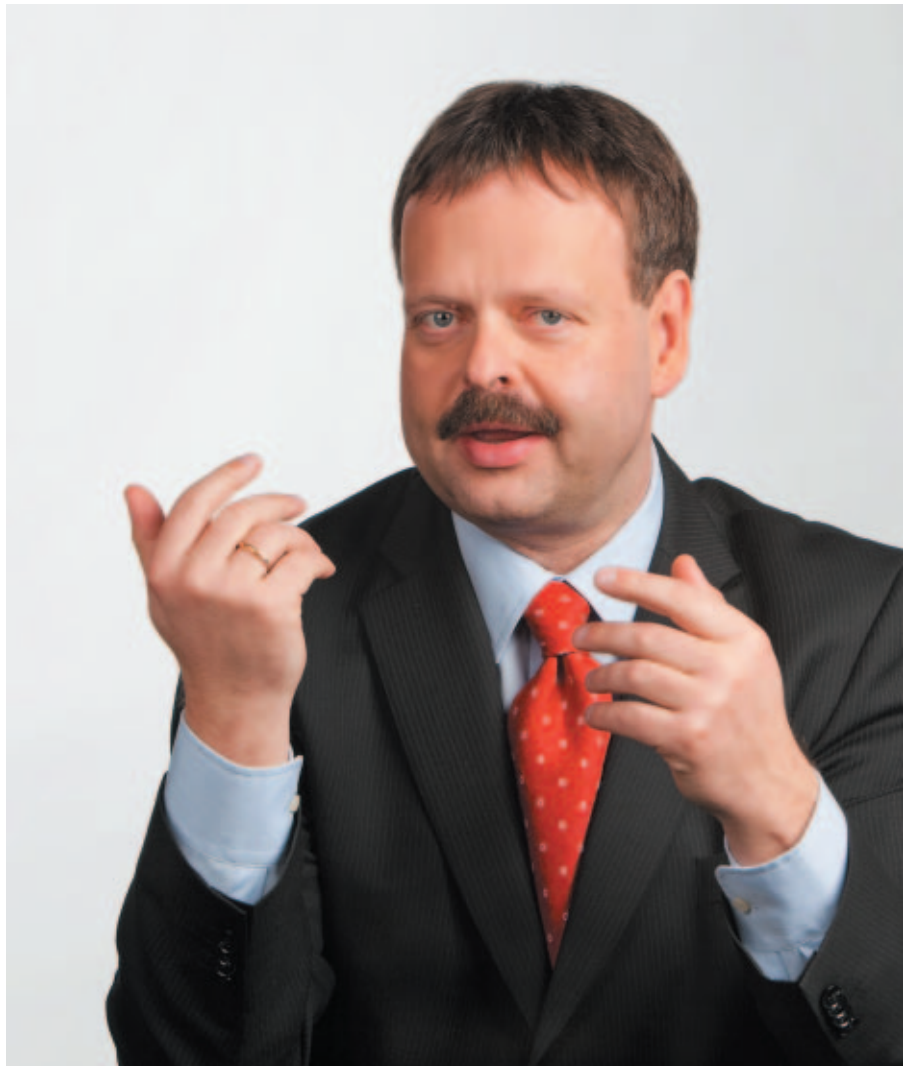
Der Wahlkampf in Sachsen-Anhalt hat Ende des Jahres 2010 endgültig begonnen. Die Ausgangsbedingungen für unsere Partei sind so gut wie noch nie vor einer Landtagswahl. Das liegt vor allem an der langen und konzentrierten Vorbereitung innerhalb unseres Landesverbandes, deren Ergebnisse sowohl bei dem Programmparteitag im Oktober als auch bei der Listenaufstellung im November deutlich zu erkennen gewesen sind.

Uns ist es bisher gelungen, mit einem klaren inhaltlichen Profil Geschlossenheit zu demonstrieren und somit eine erkennbare politische Alternative zur regierenden CDU in Sachsen-Anhalt darzustellen. Dies wird inzwischen auch von vielen anerkannt, die uns politisch nicht nahe stehen.

Besonders wichtig ist es in diesem Zusammenhang, den Menschen in Sachsen-Anhalt deutlich zu machen, dass wir nicht nur richtige politische Zielstellungen verfolgen, sondern auch in der Lage sind, diese konzeptionell zu untersetzen. Darüber hinaus ist es wichtig, unsere gesellschaftliche Verankerung und unser Problembewusstsein für Sachsen-Anhalt unter Beweis zu stellen. Die Menschen müssen spüren, dass wir mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Realitäten in Sachsen-Anhalt stehen und dass dies der Ausgangspunkt für die Umsetzung unserer Visionen ist.

Die Landtagsfraktion hat eine umfassende konzeptionelle Vorarbeit für die nächste Legislaturperiode auf den Tisch gelegt. Darin ist detailliert aufgezeigt, wie wir die Situation in Sachsen-Anhalt sehen und wie wir sie verändern wollen. Die Grundlage dieser Konzepte ist der Anspruch an Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit. Sie enthalten nicht zu allererst abstrakte Ziele von Politik, sondern die Beschreibung dessen, was wir für umsetzbar halten. Dabei mussten wir Kompromisse eingehen. Kompromisse allerdings nicht mit potenziellen politischen Partnern, sondern mit den objektiven Rahmenbedingungen in unserem Land.

Geschlossenheit und Realitätsbewusstsein im Kampf um ein sozial gerechteres und zukunftsorientiertes Sachsen-Anhalt sind unsere zentralen Botschaften für den 20. März 2011. Sie sollen die Grundlage



dafür bilden, erstmals in der Bundesrepublik Deutschland eine Landtagswahl für DIE LINKE zu gewinnen.

Natürlich wissen wir, dass wir in diesem Wahlkampf nicht allein sind, er wird maßgeblich durch die Auseinandersetzung mit der CDU, zum Teil auch mit der SPD bestimmt werden.

Bei der CDU lassen sich z. Z. folgende zentrale Argumentationsmuster erkennen:

1. Die CDU gibt vor, seit 2002 Sachsen-Anhalt aus dem Tal der Tränen herausgeholt zu haben und macht das zum Inbegriff ihres Erfolges. Zu dieser Kernthese ist zu sagen, dass sie eine substantielle Verankerung der realen sozialen und ökonomischen Situation des Landes darstellt. Ignoriert werden dabei solche Tatsachen wie, dass Sachsen-Anhalt das Dumpinglohnland Nr. 1 in Deutschland ist und dass

hier besonders viele Menschen in niedrig entlohnten prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen. Die Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse seit 2002 ist im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer die schlechteste, d.h., dass es in Sachsen-Anhalt hier den größten Rückgang gab. Unsere Landtagsfraktion wird noch vor Jahresende ein entsprechendes Argumentationsmaterial herausgeben.

2. Die CDU versucht eine Angst-Kampagne gegen DIE LINKE als die Partei, die über Enteignung zurück zur sozialistischen Planwirtschaft will und in diesem Zusammenhang eine Gefahr für die Demokratie darstellen würde. Im Wahlprogramm der CDU steht sogar, dass DIE LINKE eine Partei mit einer verfassungsfeindlichen Programmatik sei und der



Wulf Gallert ist der Kandidat der LINKEN für das Amt des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt. Mit überwältigender Mehrheit wurde er an die Spitze der Landesliste gewählt.



Verfassungsschutz gegen uns in Stellung gebracht werden müsste.

An dieser Stelle wird deutlich, dass der CDU in ihrer Angst vor dem Machtverlust alle Mittel recht sind, auch das der Diffamierung. Interessanterweise ist diese Argumentation bisher in der Öffentlichkeit so noch nicht transportiert worden, offensichtlich im Wissen darum, dass die CDU sich damit selbst mehr schaden würde als uns. Trotzdem sollten wir in Kenntnis ihrer Position auf diese Angriffe vorbereitet sein, und zwar, indem wir unsere Positionen auch aus dem Grundgesetz ableiten. Dazu gehört eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, die sich auch kulturell deutlich von solchen Diffamierungs-Kampagnen abhebt.

Allerdings werden wir uns leider darauf einstellen müssen, dass es in den nächsten Wochen und Monaten schwer wird, gemeinsame Aktionen aller im Landtag vertretenen Parteien gegen Rassismus und Neofaschismus, insbesondere gegen die NPD, zu organisieren. Ich befürchte, dass die CDU in ihrer Angst vor der LINKEN dazu nicht mehr bereit sein und mit Hilfe der „Extremismus-Keule“ versuchen wird, uns auf dieselbe Stufe wie die NPD zu stellen. Wir dürfen dagegen in der Organisation von Bündnissen gegen den Neofaschismus nicht nachlassen, unabhängig davon, welche Taktik bei der CDU dominiert.

Das Wahlprogramm finden Sie unter:

www.dielinke-sachsen-anhalt.de/wahlen/aktuell/wahlprogramm

Das Sachsen-Anhalt-Konzept 2011 finden Sie unter:

www.dielinke-fraktion-lsa.de/politik/konzept_2011

Wulf Gallert im Internet:

www.wulfgallert-mp.de
www.wulf-gallert.de

Der Landesverband im Internet:

www.dielinke-lsa.de

Viele Fragen wurden mir in letzter Zeit zum Verhalten der SPD in der aktuellen Auseinandersetzung gestellt. Um es gleich vorweg zu sagen, deren Probleme können und wollen wir nicht lösen, sie ist genau wie andere Konkurrentin im Landtags-Wahlkampf. Allerdings können wir feststellen, dass die Signale aus der Landes-SPD ausgesprochen widersprüchlich sind. Zum einen versucht die SPD, mit Themen zu punkten wie gesetzlicher Mindestlohn, längeres gemeinsames Lernen oder Chancengleichheit für alle Kinder. Hier gibt es große Schnittmengen mit unserem Wahlprogramm und die laufende Legislaturperiode hat bewiesen, dass diese Zielstellungen mit der CDU nicht umzusetzen sind. Demzufolge wäre die logische Konsequenz für die SPD, eine rot-rote Koalition anzustreben. Natürlich wären wir dazu bereit.

Andererseits schließt die SPD eine Koalition mit der LINKEN weitestgehend dadurch aus, dass sie aus einer schwächeren Position gegenüber unserer Partei die Führung in einer solchen Koalition beansprucht. Dies kommt für uns aber nicht in Frage, alles andere hieße, den Wähler nicht ernst zu nehmen. Blicke die SPD bei ihrer bisherigen Aussage, würde sie sich weitestgehend auf die Junior-Partnerschaft in einer CDU-geführten Regierung auch in der nächsten Legislaturperiode festlegen.

Mit dieser Position steht sie jedoch ausdrücklich im Widerspruch zu ihren Inhalten im Wahlprogramm. Irgendwann muss die SPD entscheiden, was ihr wichtiger ist: ihre inhaltlichen Ziele oder ihre Taktik im Koalitionspoker.

Weder das Verhalten von CDU noch von SPD werden wir maßgeblich beeinflussen können. Deswegen ist es für uns wichtig, bei unserer oben beschriebenen Linie zu bleiben. Wenn es uns tatsächlich gelingen sollte, die Wahl zu gewinnen, wird vieles möglich werden in der nächsten Legislaturperiode. Hier in Sachsen-Anhalt, eine Woche später in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und in der gesamten Bundesrepublik. Und dafür lohnt es sich, in den nächsten Wochen und Monaten zu kämpfen.

| Wulf Gallert

Der öffentliche Dienst im Land braucht Zukunft

■ Welche Qualität hat Bildung in unserem Land? Wie sicher sind Bürgerinnen und Bürger im Öffentlichen Raum? Wer kontrolliert zuverlässig Nahrungsmittel und die Abfallwirtschaft? Wie die Antworten ausfallen, das hängt besonders vom Personal im öffentlichen Dienst ab. Kurz gesagt, eine gute öffentliche Verwaltung ist eine Grundlage, die gesellschaftliche Teilhabe aller zu gewährleisten. Dafür sorgen in unserem Land ca. 58.000 Beschäftigte und hierfür gebührt ihnen unser Dank.

Unsere Fraktion hat sich seit Jahren intensiv mit den Fragen der Personalentwicklung befasst. Wir initiierten eine Enquetekommission zu diesem Thema im Parlament. Neben gemeinsamen Positionen der Parlamentarier wurde eines sehr deutlich: Nach wie vor existieren zwei konkurrierende politische Konzepte – schlanker Staat oder Stärkung des Öffentlichen. Wir wollen auch unter komplizierter werdenden Bedingungen letzteres. Dazu entwickelte DIE LINKE ein Konzept,

welches wir mit den Beschäftigten qualifizieren und umsetzen wollen. Es ist eine Alternative zum Personalabbaukonzept der Landesregierung, einem Konzept, das vorrangig auf den Abbau von 17.000 Stellen ausgerichtet ist.

Dem setzen wir folgende Schwerpunkte entgegen:

1. Wir wollen jungen Leuten eine Chance bieten. Dazu sollen neben den geplanten 4.600 zusätzlich 1.200 Neueinstellungen realisiert werden. Wir wissen, dass damit die 11.000 aus Altersgründen ausscheidenden Beschäftigten in den kommenden 6 Jahren nicht ersetzt werden können. Damit wird aber ein entscheidender Beitrag geleistet, auch künftig die Aufgabenerfüllung in guter Qualität zu sichern.

2. Unsere Überzeugung ist es, junges Personal besonders für die Bereiche Allgemeinbildende Schulen, Polizeivollzug und allgemeiner Verwaltungsdienst auszubil-

den und zu gewinnen, da sich hier bereits jetzt der Fachkräftemangel zeigt.

3. Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf die sogenannten qualitativen Faktoren der Personalentwicklung lenken, dazu zählen beispielsweise: ein geschlossenes Werbebild für den öffentlichen Dienst, die Aus-, Fort- und Weiterbildung, motivierende Beschäftigungsbedingungen, die Ausgestaltung moderner Beteiligungsrechte, Chancengleichheit und berufliche Perspektiven und die Möglichkeit, flexibel in den Ruhestand zu treten.

Fazit: Wir machen uns stark, um Sachsen-Anhalt zu einem attraktiven Arbeitgeber zu entwickeln.



Helga Paschke ist personal-, verwaltungs- und religionspolitische Sprecherin in der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Wie viel Sicherheit braucht der Mensch?

■ Glaubt man den Medien oder dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima, ist man geneigt anzunehmen, dass wir noch nie so unsicher gelebt haben. Aber ist das wirklich so, oder wird diese Angst nicht künstlich geschürt, um plausible Gründe zu haben, Gesetze zu verschärfen und Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken? Selbstverständlich muss man die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, Opfer von Gewaltstraftaten zu werden, sehr ernst nehmen. Aber man darf auch die Augen nicht davor verschließen, dass man weltweit versucht, gesellschaftliche Probleme immer mehr mit Gewalt und Terror zu lösen.

Aber wer stellt schon die Frage nach den Ursachen von Terrorismus und erst recht, wer gibt die Antworten hinsichtlich dessen Beseitigung? Verlieren nicht Regierungen von Staaten ihre Glaubwürdigkeit, wenn man feststellen muss, dass sie selber Teil des Terrorismus sind? Gewalt erzeugt immer wieder neue Gewalt. Eine

Binsenwahrheit, die fast jeder unterschreiben würde. Aber warum wird diese Spirale nicht unterbrochen?

Auf alle diese schwerwiegenden Fragen können wir im Wahlprogramm der LINKEN natürlich nicht erschöpfend antworten. Wir haben uns deshalb nur einem kleinen Teil gewidmet – der Öffentlichen Sicherheit. Unser konzeptionelles Anliegen ist es dabei darzustellen, welchen sicherheitspolitischen Ansatz wir vertreten und wie wir beabsichtigen, diesen künftig in der Landespolitik umzusetzen. Unser Ziel ist es dabei herauszuarbeiten, was linke Politik mit Blick auf die Gewährung der Öffentlichen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger von der derzeitigen Politik konservativer Politiker grundlegend unterscheidet.

Für uns gilt dabei uneingeschränkt, wer Öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, für gesellschaftlichen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen und aus-

drücklich nicht für einen Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung und nicht für die Vertiefung sozialer Gegensätze. Wir setzen uns dabei insbesondere ein, für eine angemessene Polizeipräsenz in der Fläche, für eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte und -beamtinnen und wir wenden uns entschieden gegen eine sich ausbreitende Videoüberwachung, gegen das Instrument der Rasterfahndung sowie bestehende Einschränkungen des Versammlungsrechtes.

Benjamin Franklin hat folgendes gesagt: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ Lasst uns gemeinsam dafür streiten, dass dies nicht passiert.



Gudrun Tiedge ist innen-, rechts- und rechtsextremismopolitische Sprecherin in der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt.

THEMEN DES WAHLPROGRAMMS

Bildung braucht soziales Gespür! Bildung braucht Sozialpolitik!

■ Wenn von Bildung die Rede ist, sind zumeist Kompetenzen gemeint, mit denen sich Jungen und Mädchen in einer Wissensgesellschaft entwickeln können: die Fähigkeit, Probleme zu lösen, mit Widersprüchlichkeit umzugehen, Medienkompetenz zu entwickeln, Kulturtechniken zu beherrschen. Wer Kinder fördern will, muss interessiert sein an ihren ganz persönlichen Lebensumständen: Wie leben sie in ihren Familien? Welche Ressourcen haben sie zur Verfügung? Wo liegen ihre Stärken, mit welchen Schwierigkeiten müssen sie sich herumschlagen? Dafür braucht es soziales Gespür. Dort, wo es fehlt, kommt Bildung nicht an. Gemeint sind aber auch soziale Kompetenzen: Demokratie nicht nur doziert zu bekommen, sondern mitzugestalten und selbst Verantwortung zu tragen, Konflikte solidarisch und respektvoll auszutragen, soziale Ungleichheiten zu erleben und

sich in die Perspektive anderer Menschen hineinzusetzen. Das braucht gemeinsame Erlebnisse, um voneinander zu lernen, um sich gegenseitig anregen und korrigieren, helfen und manchmal auch ertragen zu lernen. Soziale Vielfalt muss als Normalität erfahrbar, gegenseitige Rücksichtnahme als unverzichtbar erlebt werden. Dafür braucht es gemeinsames Lernen unter einem Dach – in der Gemeinschaftsschule.

Bildungspolitik ist nur dann erfolgreich, wenn es gelingt, diese Chancen allen jungen Menschen zu ermöglichen. Dafür braucht sie sozialpolitisches Gespür: Bildungspolitik muss sich öffnen für das, was vor allem Sozialpolitik zu bieten hat. Es geht um Zusammenarbeit mit Angeboten der Schulsozialarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe, vielfältiger Beratungsmöglichkeiten. Sozialpolitik ist nicht der Reparaturbetrieb für „Problemkinder“, die

von Bildungseinrichtungen ausgemustert werden. Probleme müssen überall – in der Kita und in der Schule, im Jugendclub, im Sportverein – als Herausforderung verstanden werden, nicht als Anlass, sich ihrer zu entledigen. Alle Kinder mitzunehmen, das ist der Maßstab für erfolgreiche Bildungs- und Sozialpolitik. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt hat die Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik zu einem schwergewichtigen Thema gemacht. Beide Politikbereiche haben dabei gelernt, voneinander und füreinander. Entstanden sind daraus viele Projekte, die sich im Wahlprogramm der Partei für die Landtagswahlen wiederfinden.



Birke Bull ist sozial- und gleichstellungspolitische Sprecherin in der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Sachsen-Anhalt in Kinderhänden

■ Sachsen-Anhalt: ein lebens- und lebenswertes Land! Doch in punkto Kinder- und Familienfreundlichkeit ist noch einiges zu tun. In unserem Land leben 249.229 Kinder (0-15 Jahre) und 43.407 Jugendliche (15-18 Jahre).

Der Programmentwurf der Partei DIE LINKE beinhaltet, dass wir eine Partei von Freiheit und Gerechtigkeit sein wollen. Freiheit und Gerechtigkeit stehen in einem Spannungsverhältnis. Beide sind gesellschaftspolitische Grundziele, können aber eben nicht mit ein und derselben Maßnahme erreicht werden. In der Kinder- und Jugendpolitik bedeutet das konkret, dass die freiheitliche Gesellschaft Mut zu mehr Staat als Gewährleistung eines Mindestmaßes an gleichen Entfaltungschancen unserer Kinder haben muss. Damit legt sie die Grundlage für eine freiheitliche Entfaltung Jugendlicher und junger Erwachsener. Wir müssen in diesem Bereich mehr Staat wagen, um mehr Chancengleichheit zu gewährleisten.

Genau fordert DIE LINKE seit der Einführung des Halbtagsanspruches in Kitas für

Kinder von Erwerbslosen die Wiedereinführung des Ganztagsanspruches und damit gleicher Teilhabe von allen Kindern an Bildungsangeboten. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen und sie sind erst recht keine kleinen Arbeitslosen und unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, Kinder schon am Start ins Leben auszusortieren!

Zur Chancenverbesserung von Kindern ist zudem die Aufnahme von individuellen Kinderrechten in die Landesverfassung eine wichtige Voraussetzung. Ein solcher Schritt stärkt zum einen das allgemeine Bewusstsein für die Rechte von Kindern. Zum anderen stärkt es die Position des Kindes gegenüber dem Staat und gegebenenfalls auch gegenüber den eigenen Eltern. Die Verankerung dieser Rechte würde Eltern darin stärken, die Rechte ihrer Kinder gegenüber dem Staat zu vertreten und zum anderen die Berücksichtigung von Kinderinteressen im politischen Raum fördern. Beides stände unserer Gesellschaft gut zu Gesicht!

Ein sehr positives Beispiel von Kinderbe-

teiligung praktiziert seit fünf Jahren die hauptamtliche (!) Kinderbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg. Sie rief 2005 das Projekt der „Spielplatzpaten“ ins Leben. In Magdeburg gibt es bereits 21 Spielplätze, die von ehrenamtlichen Paten betreut werden. Ich bin eine von ihnen und durfte daher miterleben, wie viel Spaß und wenig Mühe Kinderbeteiligung bereiten kann. Sowohl Kita- als auch Schulkinder wirkten an der Neugestaltung ihres Spielplatzes mit.

Sachsen-Anhalt in Kinderhänden: das bedeutet nicht Chaos, sondern die Entwicklung von Eigenverantwortung und Demokratieverständnis. Es zeigt die bunte Vielfalt und den Blick auf's Wesentliche: Freiheit und Gerechtigkeit.



Eva von Angern ist kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion.

Landesliste – DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Für die Stärke der Fraktion entscheidend ist die Zweitstimme.

- 1 Wulf Gallert**, Magdeburg
Spitzenkandidat
- 2 Birke Bull**, Salzlandkreis
Sozial-, Bildungspolitik
- 3 Dr. Helga Paschke**, Stendal, Personalpolitik (Öffentlicher Dienst/Verwaltung)
- 4 Matthias Höhn**, Saalekreis
Bildungspolitik
- 5 Dr. Angelika Klein**, Mansfeld-Südharz
Finanz-, Haushaltspolitik
- 6 Dr. Frank Thiel**, Burgenlandkreis
Wirtschaftspolitik
- 7 Gudrun Tiedge**, Börde
Innenpolitik
- 8 André Lüderitz**, Harz, Umweltpolitik
- 9 Angelika Hunger**, Saalekreis
Verbraucherschutz, Energiepolitik
- 10 Hendrik Lange**, Halle
Hochschul-, Wissenschaftspolitik
- 11 Eva von Angern**, Magdeburg
Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
- 12 Guido Henke**, Börde
Wohnungspolitik, Stadtumbau
- 13 Edeltraud Rogée**, Jerichower Land
Gewerkschaftspolitik, ArbeitnehmerInnenrechte
- 14 Stefan Gebhardt**, Mansfeld-Südharz
Kultur- und Medienpolitik
- 15 Sabine Dirlich**, Salzlandkreis
Arbeitsmarktpolitik
- 16 Harry Czeke**, Jerichower Land
Forst- und Tourismuspolitik
- 17 Dagmar Zoschke**, Anhalt-Bitterfeld
Sozial- und Gesundheitspolitik
- 18 Gerald Grünert**, Anhalt-Bitterfeld
Kommunalpolitik
- 19 Evelyn Edler**, Harz, Gleichstellungs-, Kommunal-, Tourismuspolitik
- 20 Frank Hoffmann**, Dessau-Roßlau
Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Bildungspolitik
- 21 Henriette Quade**, Halle,
Migration-, Asyl- und Flüchtlingspolitik
- 22 Hans-Jörg Krause**, Salzwedel
Agrarwirtschaft, ländliche Entwicklung
- 23 Edwina Koch-Kupfer**, parteilos, Harz
Bildungspolitik
- 24 Uwe Loos**, Wittenberg
Kommunal-, Sportpolitik
- 25 Monika Hohmann**, Harz,
Bildungspolitik
- 26 Jan Wagner**, Burgenlandkreis
Sozial-, Bildungspolitik, Neue Medien
- 27 Petra Jarosch**, parteilos, Jerichower Land, Agrar-, Kommunal-, Finanzpolitik
- 28 Swen Knöchel**, Halle
Finanz- und Kommunalpolitik, Verwaltungspolitik

Die Direktkandidatinnen und Direktkandidaten

der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl am 20. März 2011

Für den Gewinn des Wahlkreises ist die Erststimme entscheidend. Der/die Erstplatzierte zieht in den Landtag ein.

WK 01 Hans-Jörg Krause

WK 02 Gudrun Gerecke

WK 07 Guido Henke

WK 09 Jürgen Ohst

WK 20 Gudrun Tiedge

WK 14 Carsten Nell

WK 15 André Lüderitz

WK 17 Ralf-Peter Schmidt

WK 16 Evelyn Edler

WK 18 Elke Reinke

WK 30 Monika Hohmann

WK 32 Stefan Gebhardt

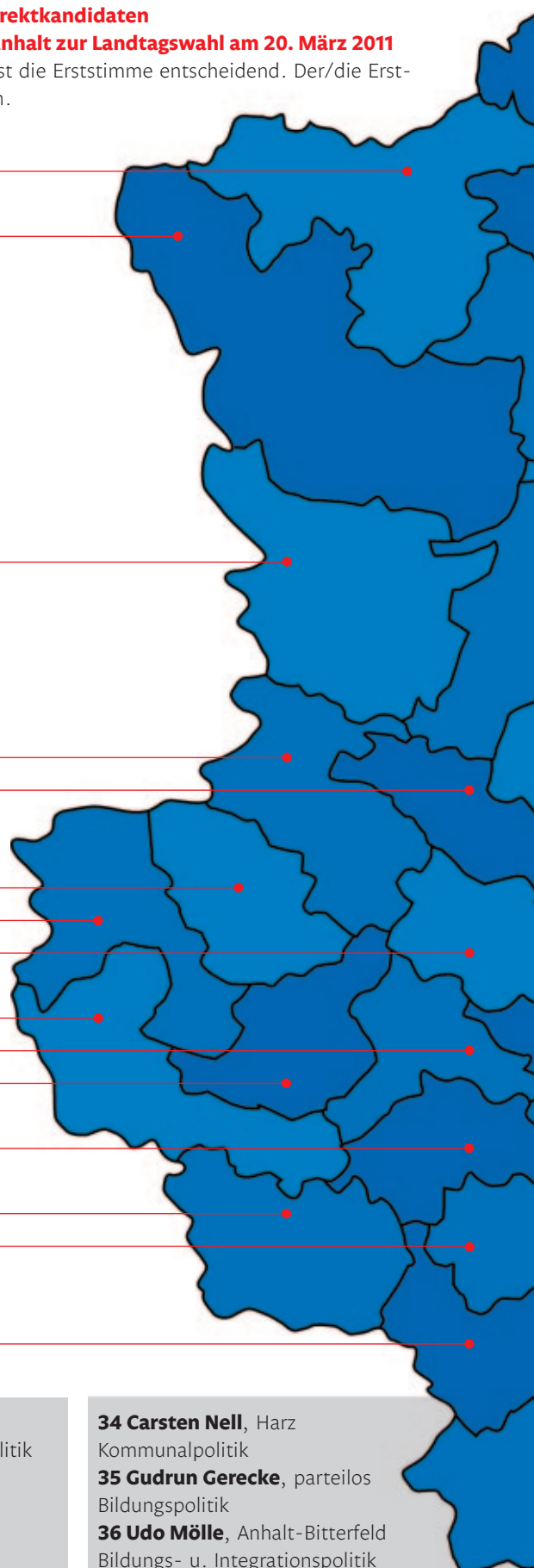
WK 31 Holger Hüttel

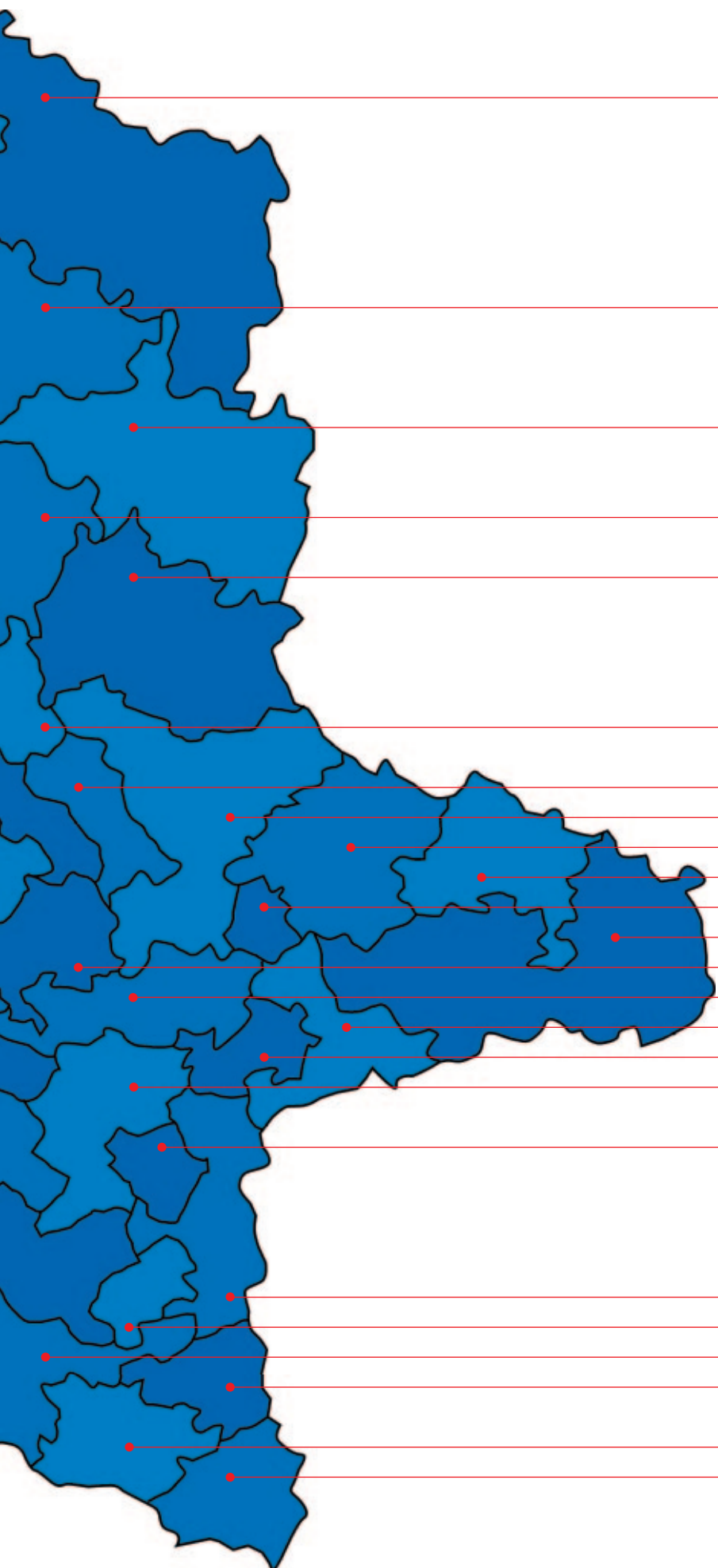
WK 33 Dr. Angelika Klein

WK 41 Matthias Höhn

- 29 Bianca Görke**, Salzlandkreis
Sport-, Kommunal- und Finanzpolitik
- 30 Oliver Müller**, Magdeburg
Bildungs- und Schulpolitik
- 31 Elke Reinke**, Salzlandkreis
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
- 32 Ralf-Peter Schmidt**, Salzlandkreis
Kinder-, Jugend- u. Sozialpolitik
- 33 Heideleine Penndorf**, Burgenlandkreis
Gesundheitspolitik

- 34 Carsten Nell**, Harz
Kommunalpolitik
- 35 Gudrun Gerecke**, parteilos
Bildungspolitik
- 36 Udo Mölle**, Anhalt-Bitterfeld
Bildungs- u. Integrationspolitik
- 37 Monika Gehlis**, Harz
Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozialpolitik
- 38 Klaus-Dieter Iffarth**, Saalekreis
Kommunalpolitik





WK 03 **Dr. Helga Paschke**

WK 04 **Mario Blasche**

WK 05 **Harry Czeke**

WK 08 **Sebastian Filipp**

WK 06 **Edeltraud Rogée**

WK 10 **Joachim Mewes**

WK 11 **Thomas Waldheim**

WK 12 **Oliver Müller**

WK 13 **Wulf Gallert**

WK 19 **Sabine Dirlich**

WK 23 **Gerald Grünert**

WK 27 **Frank Hoffmann**

WK 24 **Uwe Loos**

WK 26 **Ralf Schönemann**

WK 25 **Dolores Rente**

WK 21 **Birke Bull**

WK 22 **Ronald Maaß**

WK 29 **Dagmar Zoschke**

WK 28 **Udo Mölle**

WK 34 **Klaus-Dieter Iffarth**

WK 36 **Dr. Uwe Köck**

WK 37 **Hendrik Lange**

WK 38 **Swen Knöchel**

WK 39 **Marion Krischok**

WK 35 **Christian Kupski**

WK 40 **Angelika Hunger**

WK 42 **Dr. Frank Thiel**

WK 45 **Heidelinde Penndorf**

WK 44 **Jan Wagner**

WK 43 **Petra Hörning**

Ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild

■ Trotz günstiger Entwicklungsmöglichkeiten in den letzten Jahren liegt Sachsen-Anhalt hinsichtlich Wirtschaftskraft und Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich hinter den westdeutschen Flächenländern zurück. Zielmarke für alle neuen Bundesländer bleibt weiterhin das Erreichen einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung über die Stärkung der Wirtschaftskraft und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. „Mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung“ – so lautet das Motto des Leitbildes linker Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt.

Und diese Handlungsfelder sieht DIE LINKE:

Sachsen-Anhalt braucht neue Perspektiven in der Wirtschaftspolitik. Unumgänglich ist die Neugestaltung der Förderpolitik des Landes von der Unternehmensförderung hin zur Standortförderung, die Innovationspolitik des Landes ist zu einer neuen Qualität zu führen. Kommunale Wirtschaftstätigkeit ist endlich als unverzichtbar für die öffentliche Daseinsvorsorge zu begreifen, es gilt, neue Wirtschaftskraft in die ländlichen Räume zu bringen. Schließlich ist es an der Zeit, den demografischen Wandel nicht ständig zu beklagen, sondern als neue Chance zu begreifen.

Sachsen-Anhalt braucht neue Wege in der Beschäftigungspolitik, das Land braucht echte Wirtschaftsdemokratie. Es bleibt bei der bundesweiten Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist an Tarifverträge, in jedem Fall aber an eine Mindestentlohnung von 8,50 Euro zu binden. Die Stärkung der Rechte der Leiharbeiter/innen ist konsequent durchzusetzen, die Umsetzung von Tarifverträgen muss durch ihre Allgemeinverbindlicherklärung gesichert werden. Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung sind vorrangig über die aktive Arbeit von Betriebsräten zu sichern.

Sachsen-Anhalt braucht ein völlig neues Herangehen an die Arbeitsmarktpolitik. Sie muss sich auf qualitativ hochwertige und leistungsgerecht bezahlte, aber auch auf einfachere, in jedem Fall existenzsichernde Beschäftigung konzentrieren. Notwendig sind die Neuorganisation der



Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit Mindestlohn. Alle Leistungen, die im Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende gezahlt werden, sind zusammenzufassen und in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt umzuwandeln. Damit tritt an die Stelle von Arbeitsmarktmaßnahmen die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.

Sachsen-Anhalt braucht eine Wirtschaft, die den Menschen und nicht vorrangig dem Profit dient. Sie muss die Bedürfnisse der Menschen befriedigen und allen ein Leben in sozialer Sicherheit gewährleisten, sie muss ökologisch nachhaltig wirken, sie muss innovativ auf neue Herausforderungen reagieren und die gesellschaftlichen Ressourcen sparsam einsetzen. Ziel ist die selbsttragende Entwicklung des Landes in Verbindung mit einem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft und der Wirtschaft. Dazu bedarf es auch der Entfaltung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Verbindung mit globalem Produktaustausch. Es geht um nicht weniger als eine ressourcensparende, wissensbasierte, sozial orientierte Lebens-, Siedlungs- und Wirtschaftsweise.

Zu erhalten und zu fördern ist die Vielfalt der Eigentumsformen. Eigentum muss die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern.

Die Wirtschaftsdynamik innerhalb von ökologischen und sozialen Leitplanken zu halten, ist als das Kernprogramm einer Nachhaltigkeitspolitik für das 21. Jahrhundert zu begreifen – und genau darauf zielt das Leitbild linker Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt.



Frank Thiel ist wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt.

THEMEN DES WAHLPROGRAMMS

Erneuerbare Energien sind die Zukunft

■ Im September fiel in Berlin die Entscheidung über das Energiekonzept der Bundesregierung, das uns die Verlängerung der Laufzeiten der Atommeiler in Deutschland bescherte. Eine Antwort darauf waren die bisher umfangreichsten Proteste gegen die Atommülltransporte durch das Wendland. Auch verschiedenste Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Bürger weg von der Atomenergie will und in den erneuerbaren Energien die Zukunft sieht.

„Vorrang für erneuerbare Energie“ heißt es auch in unserem Wahlprogramm. Das meint immer mehr Strom und Wärme aus Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme oder Biomasse und Klimaschutz durch immer weniger CO₂-Produktion. Energie soll immer mehr dort erzeugt werden, wo sie auch verbraucht wird. Das heißt auch immer sparsamer mit Energie umzugehen

und sie effizient einzusetzen. Es eröffnet neue Möglichkeiten für regionale Anbieter wie die Stadtwerke, die eigene Erzeugung auf erneuerbare Energien umzustellen, Kooperationen mit anderen Anbietern einzugehen, Contractinglösungen anzubieten und mit Dienstleistungen für sparsame Energieverwendung zu sorgen. Schon jetzt testet ein Modellprojekt im Harz aus, ob es möglich ist, eine ganze Region stabil mit Energie zu versorgen, indem mit einem „virtuellen Kraftwerk“ Windkraft, Sonnenstrom, Biomasse und Wasserkraft intelligent kombiniert werden. Andere Regionen wie z.B. die Altmark haben sicher ähnliche Potentiale, zum Selbstversorger oder sogar zum Exporteur zu werden. Energiesparen ist ein zweiter wesentlicher Baustein beim Umbau der Energiewirtschaft. Große Reserven gibt es hier beim Wärmeverbrauch für die Heizung

von Gebäuden. Neue Bestimmungen im Baugesetz und die Pflicht zur Nutzung von erneuerbarer Energie zur Wärmeversorgung (z.B. Solarthermie, Biogas, Erdwärme) sollen diese erschließen helfen.

Sicher wird der Umbau der Energiewirtschaft nicht zum Nulltarif zu haben sein, aber es gibt dazu bei schwindenden Vorräten an fossilen Brennstoffen, die zudem noch den Klimawandel vorantreiben, keine Alternative. Für uns als LINKE ist es aber besonders wichtig, dass ein Mindestmaß an Energie immer bezahlbar bleibt und niemand befürchten muss, den Zugang zu Strom und Wärme zu verlieren. Dies kann z.B. durch einen Sozialtarif in den Lieferverträgen realisiert werden.



Angelika Hunger ist Verbraucherschutz- und energiepolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion.

Ist unser Wahlprogramm ein Traum?

■ Gestern war ich mit anderen Landespolitikern zu einem finanzpolitischen Gespräch in die Verbandsgemeinde Droyßiger-Forst eingeladen. Dort traf einer der Anwesenden die Feststellung, dass DIE LINKE nicht wählbar sei, weil sie alles über eine Neuverschuldung regeln wolle. Abgesehen davon, dass das durch die Aufnahme eines Schuldenverbotes in die Landeshaushaltsordnung sehr schwierig wird. Wir haben in unserem Wahlprogramm Vorschläge in Höhe von rund 250 Mio. €. Der größte Brocken dabei sind die Kommunal финанzen, diese sind im Vergleich zu 2009 in diesem Jahr durch die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen um rund 120 Mio. € gekürzt worden. Eine angemessene Ausgestaltung der Finanzzuweisungen ist notwendig, wobei wir erst einmal den Stand von 2009, also 1,7 Mrd. €, erreichen müssen. Die Einnahmesituation des Landes ist trotz gegenwärtiger Steuermehreinnahmen schlecht. Nur knapp die Hälfte des Landeshaushaltes können wir durch eigene Einnahmen decken. Die Gründe dafür sind sehr vielschichtig. Einer der Hauptgründe aber ist die Steuersenkungspolitik, die seit 2000 zunächst durch die rot-grüne Bundesregierung betrieben und von den folgenden Regierungen unge-

bremsst fortgesetzt wurde. Damit fehlen Ländern, Bund und Kommunen pro Jahr etwa 30 Mrd. € Einnahmen. DIE LINKE hat ein entsprechendes Steuerkonzept vorgelegt. Aber Forderungen nach Einnahmeerhöhungen durch die Einführung einer wirklichen Vermögenssteuer, der Finanztransaktionssteuer und einer Börsenumsatzsteuer sowie nach einer sozial gerechten Reform der Erbschaftssteuer und nach der Erhöhung des Spitzensteuersatzes werden als populistisches Gerede abgetan. Aber das Geld fehlt uns für einen Haushalt, in dem nicht nur Rechtsverpflichtungen finanziert werden, sondern auch noch Spielräume für die kommunalen Finanzausstattungen, für den Besuch von Kindertagesstätten, für ein kostengünstiges Mittagessen und für eine angemessene finanzielle Ausgestaltung von Schulen und Hochschulen vorhanden sind.

Also müssen wir den gegenwärtigen Haushalt genau analysieren, welche Aufgaben und Strukturen wegfallen bzw. verändert werden können. Fest steht, teure Imagekampagnen wie „Sachsen-Anhalt – das Land der Frühaufsteher“ oder „Erfolg wächst“ können wir uns nicht leisten. Auch wenn die 400.000 € aus EU-Geldern kommen, können diese sinnvoller verwendet werden. Nachdenken müssen wir

über Umstrukturierungen und Zusammenführungen in der Landesverwaltung, auch wenn es hier erst mittelfristig Einsparungen gibt. Vielleicht muss auch auf das eine oder andere Projekt, mit EU- oder Bundesgeldern finanziert, verzichtet werden, weil wir uns keine Gegenfinanzierung leisten wollen bzw. können. Auch wir müssen alle Aufgaben des Haushaltes einer radikalen und kritischen Überprüfung unterziehen. Schulden sollten auch für uns das letzte Mittel sein. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat sich wiederholt mit dieser Problematik auseinandergesetzt und letztlich zu dem Grundsatz bekannt, dass zur Haushaltskonsolidierung und Haushaltsgestaltung im Sinne von Strukturentwicklung aber auch von Stabilität des Landes in Zeiten der Krise, eine moderate Schuldenaufnahme zu verantworten sei. Die dadurch zur Verfügung stehenden Mittel müssen aber auf der Grundlage klarer Kriterien wie Zukunftsfähigkeit, Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation und Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden.



Angelika Klein ist finanz- und haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Deutschland in Schiefelage? Gleichgewicht herstellen!

Gastbeitrag von UDO GEBHARDT

■ Jahre neigen sich dem Ende, sagt man. Das klingt beschaulich. Nicht so 2010. Das Ende dieses Jahres war ein Anfang, – der eines neuen, weiten und notwendigen Protestes. Denn die schwarz-gelbe Bundesregierung hat Deutschland in Schiefelage gebracht, nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich. Denn sie wissen, was sie tun: Klientel-Politik!

Wochenlang haben die DGB-Gewerkschaften die schwarz-gelben Unverschämtheiten auf betrieblichen Ebenen thematisiert. Dann sind DGB und Gewerkschaften „in die Fläche“ gegangen. In über 20 Städten Sachsen-Anhalts haben wir öffentliche Veranstaltungen angeboten. Inzwischen war klar, was Schiefelage bedeutet.

Dagegen wehrten sich am 6. November in Hannover 15 Tausend Menschen auf einer DGB-Großkundgebung. Allein aus Sachsen-Anhalt waren vier Tausend Teilnehmer, in der Mehrzahl Gewerkschafter, angereist. Der DGB hatte dafür 40 Reisebusse „in den Westen“ fahren lassen. Etliche waren per Bahn oder in Mitfahrge-meinschaften gekommen.

Dass auch die Partei DIE LINKE personell stark vertreten war, ließ der Demonstrationzug ahnen. Zur Gewissheit wurde dies zu Beginn der Hauptkundgebung. Da gingen die gewerkschaftlichen Redner im

Fahnenmeer der LINKEN buchstäblich unter – zumindest für Fotografen und Kameraleute. Freundliche Grüße von linken Parteien müssen nicht dezent sein, nur herzlich. Auf die Botschaft kommt es an. Gewerkschaften und DGB haben klar gemacht, dass wir eine fortgesetzte Kumpanei von Kapital und Politik nicht hinnehmen.

Beachtlich war in Hannover auch der aus gemeinsamer Zielsetzung zu Stande gekommene Schulterschluss der Gewerkschaften mit Bürgerinitiativen. Die Massenproteste der Atomkraftgegner im Wendland und die gewerkschaftliche Großkundgebung fanden zeitgleich und solidarisch miteinander statt. Am deutlichsten hat das der IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine ausgesprochen, als er die Verlängerung der Atomlaufzeiten durch die Bundesregierung kritisierte. So wie Wolfgang Eisenberg von der Bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dan-nenberg in Hannover redete, war Annelie Buntenbach als DGB-Vorstandsmitglied im Wendland dabei.

Hannover war nur ein erster Höhepunkt. Eine Woche später haben wir einen Protest-Rekord mit 100 Tausend Teilnehmern in Dortmund, Stuttgart, Nürnberg, Erfurt und Kiel nachgereicht. Die Schelle hat gesessen, wenngleich die Bundesregierung trotz geröteter Wangen versucht, unbeeindruckt zu erscheinen. Der kurz darauf stattfindende CDU-Parteitag hat denn auch seine würdigste Widerspiegelung auf Kabarett-Bühnen gefunden.

Und auch das kann für uns nur ein neuer Start gewesen sein. Darum ist der oft verpönte Ruf „Jetzt geht's los!“ wieder erlaubt. So viel Selbstbewusstsein war immer.

Das Kerngeschäft der Gewerkschaften wurde in diesem Jahr arg belastet. „Spekulanten und Börsenhaie haben Milliarden verzockt und unsere Wirtschaft in die



Krise geführt“, hieß es im DGB-Aufruf zu den Herbstaktionen. Das Aussetzen der Raubfische war politisch eingefädelt. Die Bundesregierung hat sich zwar bemüht, den schlimmsten Schaden zu mindern, eingefangen hat sie die Haie nicht. Und wieder einmal waren es die Gewerkschaften, die in der Not helfen mussten – zum Beispiel mit den Kurzarbeiterregelungen. Wir haben verzichtet, um das Notwendigste zu retten. Das haben wir nicht für warme Worte der Kanzlerin getan, sondern für den Erhalt unserer Arbeitsplätze.

Es ist an uns, das Gleichgewicht wieder herzustellen. Darum wollen wir keine Rente mit 67 und keine Drei-Klassen-Medizin mit Kopfpauschale, keine Benachteiligung von Leiharbeit und kein Lohndumping, keine Kürzungen im Sozialbereich. Gerecht geht anders!: Wir wollen Gute Arbeit, gesetzlichen Mindestlohn, gutes Auskommen im Alter, Teilhabe von Arbeitslosen und Hartz-IV-EmpfängerInnen, gerechte Steuern, leistungsfähige Kommunen und gute Bildung. Aus wirtschafts-innovativen und ökologischen Gründen fordern wir einen schnellen Atom-Ausstieg.

Druck machen lohnt sich. Nur so wird – bei Auslassen des Winterschlafs – aus Herbstaktionen ein neuer gewerkschaftlicher Frühling. Daran arbeiten wir ganzjährig.



Udo Gebhardt

ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Sachsen-Anhalt.



Von wegen „Erledigt“!

20 Jahre Landtagsfraktion

■ Noch rollt sie, die Bugwelle der nicht enden wollenden 20-Jahresveranstaltungen. Das ist wohl unvermeidlich im Jahr 2010, vieles ist im Jahre 1990 entstanden, so manches erstand auf, anderes entstand neu. Für den Landtag von Sachsen-Anhalt gilt beides, mit ihm aber trat eine Fraktion auf die politische Bühne, von der Reinhard Höppner sagte, das mit der PDS werde sich ja wohl bald erledigt haben. Geraume Zeit später – das „Erledigen“ hatte sich als Fehlprognose erwiesen – wird Reinhard Höppner feststellen, eine Tolerierung durch die PDS im Landtag könne er sich nicht vorstellen. Bald schon trat, wie wir heute wissen, zur begrenzten Prognosesicherheit noch mangelnde Vorstellungskraft. Es wirkte in der Tat ein wenig wie ein Donnerschlag: So kurze Zeit nach dem unrühmlichen Ende der SED, der Implosion staatssozialistischer Strukturen sind die Parias, die „Nachfolgepartei“, plötzlich ganz nahe an der politischen Machtausübung im Lande, und das wird für lange acht Jahre so bleiben. Sollte das erfrischend bösertige Bonmot „Wir sind das Volk! – Wir sind ein Volk! – Wir sind ein dämliches Volk!“ der Realität so nahe sein? Ganz so einfach scheint es nicht, diese Parias, damals nannten sie sich PDS, inzwischen DIE LINKE, behaupteten sich nicht nur, schlimmer noch – 2009 wurde sie bei der Bundestagswahl stärkste Partei im Lande, für 2011 strebt sie nun energisch in die Regierung, will diese gar mit dem Ministerpräsidenten führen. Und das auch noch mit einem Wahlprogramm, das nicht von linken bis linkischen Wunschvorstellungen, sondern von Realismus, von umsetzbaren Zielen geprägt ist. Da geht das Bonmot vom „dämlichen Volk“ irgendwo nicht auf, es stellt sich die Frage, woraus die „Nachfolgepartei“, wie sie hin und wieder noch immer tituliert wird, Zustimmung und Akzeptanz schöpft. Der Strauß möglicher Antworten ist ein ebenso großer wie bunter.

Es ist Franz Sodann und Dr. Elke Stolze zu danken, all die vielen Blüten in eine der möglichen Anordnungen gebracht zu haben. Ergebnis war eine szenische Lesung am 29. Oktober 2010 im Magdeburger



Schlussbild der szenischen Lesung mit Regisseur Franz Sodann

Landtag, vorgetragen von ehemals wie immer noch Aktiven und weiteren Akteurlinnen. Über 90 Minuten ging das, unterhaltsam, Erinnerungen weckend, anregend, kein bisschen langweilig, aller Skepsis im Vorfeld zum Trotz. „Wir suchten und fanden uns selbst“, so war die Sache betitelt.

Die ersten Jahre werden beschrieben, der Weg in die parlamentarische Demokratie, der zugleich die Erarbeitung eines Oppositionsverständnisses in sich birgt, das sich nicht dem platten NEIN sondern der Demokratisierung der Gesellschaft verpflichtet fühlt. Und da war die Debatte um die Verfassung des Landes, die PDS konnte ihr letztlich nicht zustimmen, auch, weil Mehrheiten einen Volksentscheid zu ihrer Inkraftsetzung ablehnten – und erklärte im selben Atemzuge, sie werde diese Verfassung entschlossen verteidigen, sollte ihr demokratischer Grundgehalt bedroht werden.

Der nächste Faden wird aufgegriffen, es geht um Krieg und Frieden. Ob im Irak oder wo auch immer, die Fraktion verdeutlicht ihre unmissverständliche Ablehnung, setzt immer wieder durch, dass der Landtag darüber debattieren und sich letztendlich positionieren muss. Sehr zum Verdruss vor allem der CDU.

Das Magdeburger Modell kommt ebenso zu seinem Recht, wie das Ringen um ost-



deutsche Interessen, alles untersetzt mit Originalzitatzen aus Landtagssitzungen oder Landesparteitagen. So werden Handlungslinien und Motive erhellt, nicht nur plakativ an die Wand geworfen.

Und schließlich der Ausblick – Gestaltungsanspruch Zukunft, es geht um neue Herausforderungen, die neue Antworten verlangen, wie sie ihren aktuellsten Ausdruck im bereits genannten Wahlprogramm 2011 finden. 32 Manuskriptseiten zeigen ein wenig verständlicher auf, warum der Weg über 20 Jahre so verlief, warum der Weg und diejenigen, die ihn beschreiten, nicht zu trennen sind – die Veränderungen sind immer wechselseitig, nichts bleibt, wie es ist. Dialektik nennt man das wohl auch.

|Thomas Drziska

Neuer Widerstand fordert seine Antworten

■ Deutschland im Herbst 2010: Der „bürgerliche Protest“ ist zum neuen Schlagwort und zum Angstwort der deutschen Politik geworden. Dabei vermischen sich die Erfahrungen beim Hamburger Bildungs-Volksentscheid mit dem Niedergang der schwarz-gelben Bundesregierung, der Sarrazin-Debatte und Stuttgart 21. In den Focus geraten der Widerstand in bürgerlichen Wohngebieten der Hauptstadt-Region gegen veränderte Flugrouten für den Großflughafen Berlin Brandenburg International bis hin zu Protesten gegen Umbau von Kreisverkehren zu Ampelkreuzungen.

Doch das Schlagwort vom „bürgerlichen Protest“ führt auch zusammen, was zwar einen gemeinsamen Nenner, aber keine gemeinsame gesellschaftliche Stoßrichtung hat. Oft geht es ganz traditionell um lokale private Interessen – und nicht mehr. Was diesen Protesten jetzt so große Aufmerksamkeit beschert, ist Stuttgart 21.

Hier tut sich wirklich Neues. Denn, so der Soziologe Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin, „die Demonstranten in Stuttgart haben ... keinen persönlichen Vorteil – egal, ob der Bahnhof umgebaut wird oder so bleibt. Die Menschen haben durchaus Belange des Gemeinwohls im Auge. Der Protest ist nicht klientelbezogen.“

Und: Stuttgart 21 weist auf strukturelle Probleme hin, die überall bestehen und potenziell zu ähnlichen Wirkungen führen können: Die Ablehnung des schon immer umstrittenen Projektes nahm mit den Jahren zu – bis sie die Mehrheit in der Stadt erfasste. Mit dem formellen Planungs- und Genehmigungsverfahren galten die zahlreichen Einwände der Bürgerinnen und Bürger als erledigt; Kritiker wurden ausgegrenzt und diskreditiert – wie so oft. Hier jedoch nährte das Zweifel an der Neutralität der staatlichen Institutionen. Entstanden ist eine Legitimationskrise, die durch eine Schlichtung überwunden werden soll. Diese Schlichtung ist eine Innovation im parlamentarischen System, passt aber nicht in die Systematik der rechtstaatlichen Rahmenbedingungen. Genährt wird der Protest maßgeblich durch die drohende Kostenexplosion – nicht neu für die sparsamen Schwaben. Aber angesichts der Erfahrungen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihren Kosten schlägt der Ärger in offene Ablehnung um.

Alle schnellen Antworten versagen hier. Die der Befürworter, weil sie sich auf Verfahren berufen, die ihre Integrationskraft verloren haben. Die der Kritiker und der Opposition, weil sie zu allgemein sind. Ein Beispiel: Mehr Bürgerbeteiligung – ja, das ist richtig. Aber zu welchem Zeitpunkt in einem so langen Verfahren? Die Mehrheit gegen den neuen Bahnhof

entstand erst, nachdem die Verfahren der Bürgerbeteiligung abgeschlossen waren. Das lag sicher einerseits daran, dass man sich nicht ernst genug genommen sah. Schlussfolgerung: Solche Verfahren brauchen mehr Ergebnisoffenheit. Doch damit ist noch lange nicht gewährleistet, dass bei Vorbereitungsphasen von zehn, fünfzehn Jahren am Ende angesichts neuer Erfahrungen noch Bestand hat, was am Anfang Akzeptanz fand. Wenn der Entscheidungsgang in den Institutionen und die Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger zeitlich nicht mehr synchron laufen, muss man vielleicht nicht nur über Öffnungs- und Rückholmöglichkeiten nachdenken, sondern auch über kürzere Verfahrenszeiten.

Und noch etwas: Wer sind denn die Bürgerinnen und Bürger, die bei einem Großvorhaben von europäischer Dimension zu beteiligen sind, wie es Stuttgart 21 auch darstellt? Wer alles ist das Volk? Die Stuttgarterinnen und Stuttgarter? Die Einwohner von Baden-Württemberg? Die Süddeutschen? Alle Deutschen? Und ihre Nachbarn? Oder nur alle Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer? Fragen, die gründlich diskutiert und neu beantwortet werden müssen.

Auch durch DIE LINKE. Ihr Problem besteht nicht allein darin, dass es zwar bürgerlichen Protest gibt – aber keinen vergleichbar brisanten sozialen Protest. Der „heiße Herbst“ der Gewerkschaften hat die Republik bislang eben nicht so erschüttert wie Stuttgart 21 oder die Flugrouten-Auseinandersetzungen in der rot-roten Region Berlin-Brandenburg. Der aktuelle Protest ist auch ein Protest gegen die zu schnellen Antworten der Politik und wegen der deswegen unbeantworteten Fragen an die Politiker.



Dr. Thomas Falkner

ist Referent für Grundsatzfragen in der LINKEN Landtagsfraktion in Brandenburg.



Schwarz-gelbe Atom- politik: Der Lack ist ab



■ Das Wendland ist wütend ... aber der scheinbar überwiegend regionale Konflikt um Gorleben und die Atomkraft hat wieder die ganze Republik erfasst. Zwar ist der Castor am Montag, dem 8.11. ins Zwischenlager durchgepaukt worden, aber das hat Spuren hinterlassen, mitten durch die „heile“ Demokratie, mitten durch schwarz-gelbe Atomräume. Spuren, deren Auswirkungen sich schon bald zeigen werden.

Jeder der elf Behälter umhüllt eine radioaktive Fracht, wie sie in Tschernobyl freigesetzt wurde. Elf weitere Steine für ein Endlagerbauwerk Gorleben. Durchgeplüzt durch den heftigsten und großartigsten Widerstand, den es bisher gab. Wie schrieb die SÜDDEUTSCHE: Der Castor ist die „rollende Ratlosigkeit“. Die ewigen Proteste haben dafür gesorgt, dass das Bewusstsein für das größte Problem der Atom- und Energiewirtschaft wach bleibt. „Wie viele Sackgassen haben verschiedenste Regierungen diesbezüglich produziert, und wie viele weitere Sackgassen verhinderte der Widerstand – zum Wohle der Volkswirtschaft und der lebendigen Demokratie.“

Dabei sind die Menschen im Wendland die bestinformierten Leute, aufgeklärt in hunderten Veranstaltungen in 33 Jahren, von unabhängigen Referenten. „Atomausstieg ist Handarbeit“ sagen sie und betonen damit die Kopflösigkeit von Regierungen. 600 Traktoren beteiligten sich am Widerstand, 700 Bauern praktizieren noch in Lüchow-Dannenberg. Ausgerechnet die eigene Klientel bläst der CDU den Marsch, flächendeckend, stoisch und unbelehrbar, sie verteidigen ihre Existenz und die ihrer Kinder. Die Bauern demonstrierten herzerwärmend, wie man pfiffige Kopfarbeit und solide Handarbeit zusammenbringt. Mit unzähligen Eingriffen in den Straßenverkehr, mit einem Pflug die Kreisstraße blockierend, wollen sie leeres Politiker-Gelaber unterpflügen, angekettet in Beton-Pyramiden wollen sie Beton-Politik aufbrechen.

Die Staatsmacht bediente sich dagegen unsäglicher Mittel: Sie missachtete das Strahlungsminimierungsgebot, verbot unabhängige Messungen, ließ die Castoren in Dahlenburg zehn Meter entfernt von einem Wohnzimmer stehen, trieb 20.000 Polizistinnen und Polizisten bis zu 40 Stunden in Einsätze. Die Polizei schuf im Wendland wieder eine „Sonderrechtszone“, wie Anwälte das nennen. Sie durchsuchte Häuser ohne Durchsuchungsbeschluss, verhängte Ausgangssperren für Anwohner, sie ließ ferngesteuerte Überwachungsdrohnen fliegen, sie sperrte 1.500 Menschen in einem Freiluftgehege in Bodenhaltung bei minus 5 Grad ein und nannte das Gefangenensammelstelle. Sieben Stunden lang – rechtswidrig, zigmals durchgeklagt. Die Polizei forderte schon Tage vorher die Bewohner auf, lieber in den Häusern zu bleiben und führte massive Fahrzeug- und Personenkontrollen bei Einheimischen durch.

Die Menschen im Wendland sind nicht mehr bereit, diesen „alltäglichen“ Wahnsinn hinzunehmen. Z.B. den Polizisten, der auf dem eigenen Grundstück steht und fragt: „Was machen Sie hier?“. Ja, die Besatzung, diese unwürdige Behandlung beleidigt unsere Augen, unser Herz und unsere Seele ... Und wer mit Pferden in Menschenmassen hinein reitet, Hunde auf Sitzende los lässt, sie mit Pfefferspray verletzt und mit CS-Gaskartuschen von Bäumen herunter und von der Schiene weg gast, muss sich nicht wundern, wenn keiner nicht mehr reden will. Stuttgart 21 gibt es im Wendland seit Jahrzehnten ...

Mein Dank gilt denen, die die politischen Sackgassen immer wieder deutlich machen: Den Schülern, die trotz Drohungen der Schulbürokratie demonstrierten, den Lehrern, die diese Staatsbürgerkunde mittragen, anstatt zu denunzieren, den vielen Helfern und Spendern, den Bauern, die zeigen, was ne Harke ist, und den Polizisten, die nicht drauf droschen, gasten, prügelten, weil das nur tut, wer nicht weiter weiß.

Gorleben ist überall: Beim nächsten Castor, den CDU und FDP nach Majak in Russland karren wollen, in die verstrahlteste Gegend der Welt. Oder in Greifswald, wo im Dezember ein Transport die nächste „Ratlosigkeit“ produziert. Oder beim MOX-Brennelemente-Transport ins AKW Grohnde im nächsten Frühjahr.

Aber der Widerstand wächst und wird zunehmend „Normalität“: Mehr und mehr Häfen – wie Bremen, Hamburg, Lübeck und Cuxhaven – verweigern, die atomaren Transporte umzuschlagen. Laufzeitverlängerungen der AKWs mit Umgehung des Bundesrates, Weiterbau im untauglichen Salzstock Gorleben unter Umgehung gültigen Rechts, Enteignungen der Grundstücksbesitzer, Ausgrenzung der Betroffenen: All dies sind Sackgassen. Volkswirtschaftlich, weil die Weichenstellung in Richtung Atom-Fossil uns teuer zu stehen kommt und die Erneuerbaren Energien behindert. Ökologisch, weil schon der Uranabbau eine Riesen-Sauerei ist und die „Entsorgung“ des Atommülls eine Farce. Politisch, weil demokratische Grundrechte mit Stiefeln getreten werden.

Unsere Demokratie ist kein Selbstbedienungsladen der Machteliten, kein Discounter, in dem Grundrechte verscherbelt werden. Demokratie braucht Durchlässigkeit in alle Richtungen, sonst regieren Parteien gegen das Volk und ohne das Volk. Und, was das Entscheidende ist: Sie schottern die Demokratie!



Kurt Herzog, MdL DIE LINKE in Niedersachsen, wohnhaft in Dannenberg, Wendland.



ERHOLSAME FEIERTAGE UND EIN GLÜCKLICHES NEUES JAHR WÜNSCHT DIE KLARTEXT-REDAKTION!

TERMINE 2011

11. Januar 2011 – 18.30 Uhr – Landesvorstandssitzung in Magdeburg

18. Januar 2011 – 18.00 Uhr – Neujahrsempfang der Landtagsfraktion in Magdeburg

22./23. Januar 2011 – Klausur Landesvorstand und Landtagsfraktion in Wernigerode

4. Februar 2011 – Kreisvorsitzendenberatung

15. Februar 2011 – 18.30 Uhr – Landesvorstandssitzung in Magdeburg

18. Februar 2011 – Klausur der Bundestagsfraktion in Magdeburg

8. März 2011 – 100 Jahre Frauentag – Veranstaltung der Landtagsfraktion

20. März 2011 – Landtagswahl in Sachsen-Anhalt